

## **Antrag**

**der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P**

### **Mehr Ausbildungsplätze durch flexible Strukturen – moderne Berufe – keine Zwangsabgaben**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bereitstellung eines ausreichenden Lehrstellenangebotes durch die Wirtschaft ist nicht nur eine Standortfrage, sie ist vor allem auch eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe und Verpflichtung für alle. Der Eintritt Jugendlicher in die Arbeitswelt darf nicht zu einem Fehlstart werden. Die Wirtschaft hat hier unmißverständlich erklärt, daß auch in diesem Jahr wieder der Ausgleich auf dem Lehrstellenmarkt erzielt wird. Sie wird beim Wort genommen, denn das Lehrstellenproblem ist noch nicht vollständig gelöst. In diesem Jahr werden rund 625 000 Ausbildungsplätze benötigt. Erst rund 93 % der Lehrstellensuchenden sind z. Z. versorgt.

Es wird begrüßt, daß die Bundesregierung eine Reihe richtungsweisender Maßnahmen getroffen hat, um die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit im Handwerk und insbesondere bei den kleinen und mittleren Betrieben zu stärken:

- So wurden eine Vielzahl neuer Berufsbilder und damit auch die Möglichkeit für neue Ausbildungsplätze geschaffen. Seit August dieses Jahres kann in vierzehn neuen Berufen ausgebildet werden.
- Die bestehenden Ausbildungsberufe werden zügig modernisiert. Seit 1995 wurde die Dauer der Neuordnungsverfahren von 7 auf 2 Jahre verkürzt.
- Der Berufsschulunterricht wird flexibler gestaltet mit dem Ziel, daß die Auszubildenden länger im Betrieb verweilen.
- Des weiteren hat die Bundesregierung das Jugendarbeitsschutzgesetz zum 1. März 97 novelliert. Dadurch können erwachsene Auszubildende – das sind mehr als 70 % der Auszubildenden – während der Arbeitszeit nach der Berufsschule wieder in den Betrieb zurückkehren.

Der Deutsche Bundestag fordert:

- Nur durch eine Grunderneuerung unseres dualen Ausbildungssystems können mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dazu muß das von der Bundesregierung verabschiedete „Reformprojekt Berufliche Bildung – Flexible Strukturen und moderne Berufe“ rasch umgesetzt werden.
- Ausbildungsangebote müssen differenziert werden, damit alle Jugendlichen, auch Leistungsschwächere, einen Ausbildungsabschluß erlangen können.
- Der Deutsche Bundestag appelliert an die Jugendlichen, sich über die Chancen von Tausenden von unbesetzten Lehrstellen im gewerblich-technischen Bereich zu informieren und sie wahrzunehmen.
- Der Deutsche Bundestag fordert die Wirtschaft auf, in einer konzentrierten Last-Minute-Aktion die Möglichkeiten von 10 000 freiwerdenden betrieblichen Lehrstellen zu nutzen.

Der Deutsche Bundestag lehnt eine Ausbildungsplatzabgabe ab. Diese Abgabe ist Gift für den Standort Deutschland, eine Beschäftigungsmaßnahme für die Bürokratie und schafft keinen Ausbildungsplatz mehr. Im Gegenteil, sie gibt Unternehmen einen Freibrief, sich aus der eigenen Ausbildungsverantwortung freizukaufen. Betriebe, die ausbilden, zeigen Zukunftsprofil und Firmenoptimismus. Sie tun das im ureigensten Interesse, denn wer heute nicht ausbildet, darf morgen nicht über Facharbeitermangel klagen.

Statt auf Dirigismus und Staatsintervention setzt die Regierungskoalition in bewährter Weise auf Freiwilligkeit und Kooperation.

Bonn, den 8. Oktober 1997

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

**Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion**